

## AKTUELL

PHILANTROPIE

# Mit Vermögen etwas Gutes tun

Richard Graf

**Seit Anfang dieses Jahres gibt es eine staatsnahe Stiftung, die es Vermögenden erleichtern soll, ihr Geld gemeinnützig einzusetzen.**

Anlässlich seiner Regierungserklärung im Mai hatte Premierminister Jean-Claude Juncker angekündigt, was nun konkret wird: Die Regierung will das Mäzenatentum in Luxemburg fördern. Nachdem mit der neuen Steuergesetzgebung einige Vereinfachungen eingeführt wurden, stand dieser Tage die Schaffung der „Fondation de Luxembourg“ an.

Bislang konnte man in Luxemburg bis zu zehn Prozent seines Einkommens steuerbefreit an anerkannte Stiftungen oder Vereine spenden, maximal 500.000 Euro. Diese Grenzwerte werden jetzt verdoppelt. Wer also das Glück hat, fünf Millionen Euro im Jahr zu verdienen, der darf bis zu einer Million gemeinnützig verschenken, wobei der Staat auf diesen Teil des Einkommens die Steuern erlässt. Außerdem dürfen Spenden ab sofort den Betrag von 12.500 Euro über-

schreiten, ohne dass dafür eine Genehmigung beim Justizminister eingeholt werden muss.

Anlässlich der Vorstellung der neuen „Fondation de Luxembourg“, betonte Budgetminister Luc Frieden, dass es nicht darum ginge, die Rolle des Staates hinsichtlich sozialer, kultureller oder sportlicher Aktivitäten zurückzuschrauben. Er widerspricht damit jenen KritikerInnen die befürchten, Luxemburg orientiere sich zukünftig am angelsächsischen Modell, in dem der Staat sich bereits aus vielen Bereichen verabschiedet hat und sie privaten Initiativen überlässt.

Es gehe darum, neue Gelder für gemeinnützige Aktivitäten zu gewinnen. Auch soll die neue Stiftung keine Konkurrenz für die bestehenden Organisationen in Luxemburg werden, die selber auf Spendersuche sind. Im Gegenteil: Es gelte, den Finanzsektor mit den gemeinnützigen Organisationen in Verbindung zu bringen. Diese Bereiche ignorierten sich weitgehend, und die Stiftung habe die Rolle, Kontakte herzustellen.

Es fällt allerdings auf, dass besagtes Konstrukt eher eine Kopfgeburt, denn ein basisdemokratisches Modell ist. Der Verwaltungsrat wird durch Vertreter aus Wirtschaft und Finanzwelt, sowie aus diversen Ministerien beschickt - allen voran Luc Frieden als erstem Präsidenten. Die erste Direktorin, die Schwedin Tonika Hirdman, stammt ebenfalls aus der Finanzwelt und leitete zuletzt die ABN AMRO Bank in Luxemburg. Ihr obliegt es, bis zum Sommer die Stiftung - mit obligatem Sitz im „House of Finance“ - betriebsbereit zu machen.

Tonika Hirdman gibt sich ihrerseits zuversichtlich, dass das Ziel der Stiftung, das Mäzenatentum in Luxemburg insgesamt erheblich zu verstärken, erreicht werden kann. Die aktuelle Krise im Finanzsektor - die natürlich auch die verfügbaren Vermögen arg hat schrumpfen lassen - sei ein Risiko und eine Herausforderung zugleich: „Die Krise hat in vielen Kreisen zu einem Wechsel der Prioritäten geführt, zu einer Rückkehr zu Werten des Humanismus.“

Vor mehr als 20 Jahren hatte es mit der Einführung des „Fonds d'Aide au Développement“ bereits einmal einen Versuch gegeben, institutionelle Mäzene - allen voran Banken und Großbetriebe - zu mehr Spendierfreudigkeit zu animieren. Der FAD nahm steuerbefreite Spenden entgegen um sie nach den Wünschen der Geber an bestimmte Entwicklungshilfeor-

ganisationen (ONGD) weiterzuleiten. Es bestand aber auch die Möglichkeit, einfach so Gelder an den FAD einzureichen, die dann von zentraler Stelle aus verwaltet und weitergegeben werden sollten. Nach wenigen Jahren wurde der FAD aufgelöst, weil faktisch kein einziger Franken an den Fonds selbst überwiesen wurde. Nachdem man den ONGD die Möglichkeit eröffnet hatte, Steuerbescheide selber auszustellen, war der FAD vollends unnötig geworden.

Es mag ja sein, dass das Ambiente im „House of Finance“ eine neue Klientel zum Spenden animieren kann. Vor allem internationale Anleger dürften es begrüßen, ihr schwarzgeldgeplagtes Gewissen beruhigen zu können, ohne dafür einen allzu großen Aufwand betreiben zu müssen. Ob den in Luxemburg ansässigen gemeinnützigen Organisationen dadurch tatsächlich mehr Gelder zugeführt werden, bleibt allerdings abzuwarten: Denn auch wenn ein Zuwachs von Geldern aus privater Hand gemessen werden sollte, so bleibt der Staat in den meisten Fällen doch der wichtigste Partner. Doch gerade von dem ist immer öfter zu vernehmen, dass man sich für dieses oder jenes Projekt gefälligst einen Sponsoren suchen soll, weil die Budgetmittel nicht mehr reichen.

GENDER

# Frauen in die Politik

Christiane Walerich

**Paritätische Wahllisten, das ist eine der Forderungen des Nationalen Frauenrates im Vorfeld der anstehenden Nationalwahlen.**

„Nach wie vor stellen in Luxemburg viele Frauen ihre Beschäftigungstätigkeit ein, sobald sie heiraten“, stellte Astrid Lulling, Präsidentin des Conseil National des Femmes (CNFL) diese Woche fest. Anlass war der traditionelle Aufruf des Nationalen Frauenrats an die politischen Parteien im Vorfeld der Landeswahlen, frauenspezifische Forderungen in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

2006 hätten alleine in der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren rund neun Prozent der Frauen nach der Heirat aufgehört zu arbeiten. Dies sei insofern gravierend, als bei einer

Scheidung diese Frauen in die Armutsfalle geraten können. „Wir verlangen ein Rentensplitting, einen Versorgungsausgleich der Rentenrechte im Falle einer Scheidung“, so Lulling. Luxemburg verzeichne insgesamt eine hohe Scheidungsrate: Drei von fünf Eheschließungen werden geschieden. Eine Scheidung sei besonders schwierig für jene Frauen, die über 20 Jahre verheiratet waren. Deshalb müsse die Individualisierung der Sozialversicherung eine politische Priorität der kommenden Regierung darstellen. Auch wenn Frauen ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kinder zurückschrauben, sollten sie weiter versichert sein müssen.

Problematisch seien auch das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen. „Der

Durchschnittslohn der Frauen liegt nach wie vor vierzehn Prozent unter dem der Männer, was sich später auch in den Renten niederschlägt“, so Lulling. Deshalb seien verbindliche Chancengleichheitspläne nicht nur auf nationalem Niveau notwendig, sondern auch im Rahmen der Kollektivverträge. Der nationale Frauenrat bedauerte weiter, dass Frauen in der Politik noch immer eine Minorität darstellen. „Wir haben das Frauenwahlrecht seit 1919. Jedoch beträgt die Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien heute nur 20 Prozent“, stellte Anik Raskin, Chargée de direction des CNFL fest. So befinden sich unter den fünfzehn Regierungsmitgliedern nur drei Frauen, in der Chamber sitzen unter den 60 Abgeordneten nur vierzehn Frauen und in den Gemeinden seien von den 1.136 Mandaten nur 234 von Frauen besetzt. Und das obwohl die Frauen als Wahlberechtigte zahlenmäßig sogar in der Überzahl sind. Deshalb sollten die Parteien bei der Vorstellung ihrer Wahllisten auf eine paritätische Verteilung der Geschlechter achten.

Auch auf kommunalem Niveau sei es wichtig, die beratenden Kommissionen paritätisch zu besetzen.

Mit der bisherigen Arbeit der CSV/LSAP-Koalition sei der Nationale Frauenrat deshalb nur bedingt zufrieden, so Astrid Lulling. Damit dies ab 2009 anders werde, sei es wichtig, dass das Ministerium für Chancengleichheit bestehen bleibe. Auch der 2004 abgeschaffte Ausschuss für Chancengleichheit müsse wieder eingesetzt werden, und sich dann wieder ausschließlich mit der sexuellen Diskriminierung befassen. „In letzter Zeit stellen wir sowohl beim Chancengleichheitsministerium wie auch in den Gleichheitskommissionen auf Gemeindeebene eine Tendenz fest, den Kompetenzbereich dieser Institutionen auch auf andere Diskriminierungsmotive auszudehnen“, kritisiert Anik Raskin. Damit drohe die Geschlechterfrage aus dem Fokus zu geraten.